Finanz-Porno

Debatte Die Lehre aus den Panama Papers: Kapitalismus funktioniert nicht ohne Korruption.
Von Slavoj Žižek

Žižek, 67, ist ein slowenischer Philosoph. Zuletzt erschien von ihm das Buch „Der neue Klassenkampf: Die wahren Gründe für Flucht und Terror“ (Ullstein).

Das einzig wirklich Überraschende an den Panama Papers ist die Tatsache, dass sie keine Überraschungen enthalten. Erfahren wir nicht genau das, was wir erwartet haben? Allerdings: Etwas ganz allgemein zu wissen ist die eine Sache, konkrete Daten zu erhalten die andere. Es ist etwa so, als wüsste man, dass die eigene Partnerin mit anderen herummacht. Abstrakt kann man damit umgehen, erfährt man allerdings die schlüpfrigen Einzelheiten, sieht man die Bilder, die zeigen, was sie zusammen getrieben haben, dann kommt der wirkliche Schmerz. Nun haben wir also durch die Panama Papers ein paar schmutzige Fotos Finanz-Porno erhalten, und wir können nicht mehr so tun, als wüssten wir von nichts.

Der junge Karl Marx behauptete 1844, das deutsche Ancien Régime „bildet sich nur noch ein, an sich selbst zu glauben, und verlangt von der Welt dieselbe Einbildung“. In einer solchen Situation wird die Beschämung der Mächtigen zur Waffe – oder, wie Marx fortfährt: „Man muss den wirklichen Druck noch drückender machen, indem man ihm das Bewusstsein des Drucks hinzufügt, die Schmach noch schmachvoller, indem man sie publiziert.“ Das ist genau die Situation, in der wir uns heute befinden: Wir sind konfrontiert mit dem schamlosen Zynismus der bestehenden globalen Ordnung, deren Vertreter sich eben lediglich einbilden, dass sie an ihre eigenen Vorstellungen von Demokratie und Menschenrechten glauben. Und die Enthüllungen von WikiLeaks und nun die Panama Papers vergrößern unsere Scham darüber, dass wir diese Machthaber dulden.

Ein kurzer Blick auf die Panama Papers offenbart zwei Merkmale: ein positives und ein negatives. Positiv ist die allumfassende Solidarität unter den Beteiligten. In der dunklen Welt des globalen Kapitalismus sind alle Brüder. Die westlichen Industrieländer, einschließlich der unbestechlichen Skandinavier, reichen Putins Freunden die Hand, der ukrainische Präsident Poroschenko steht daneben, ebenso das familiäre Umfeld des chinesischen Präsidenten Xi Jinping. Der Iran und Nordkorea sind dabei, Muslime und Juden zwinkern sich freundschaftlich zu. Ein wahrhaft multikulturelles Reich, in dem alle gleich und alle verschieden sind. Das Negative: das äußerst bedenkliche seltene Vorkommen der USA, das der russischen und chinesischen Behauptung, hinter den Ermittlungen stünden politische Interessen, eine gewisse Glaubhaftigkeit verleiht.

Was sollen wir also mit diesen Daten tun? Es gibt einen Witz von einem Ehemann, der früher als erwartet nach Hause kommt und seine Frau mit einem anderen Mann im Bett erwischt. Die überraschte Ehefrau fragt ihn: „Was ist los? Du hast mir gesagt, du würdest erst in drei Stunden nach Hause kommen!“ Der Ehemann fährt sie empört an: „Also ehrlich, was treibst du mit diesem Kerl im Bett?“ Die Antwort der Frau: „Wechsle nicht das Thema. Erst beantwortest du mir meine Frage!“

Findet gerade nicht Ähnliches statt? Die erste und überwiegende Reaktion ist moralische Empörung: „Schrecklich, wie viel Gier und Verlogenheit in den Menschen stecken. Wo bleiben die Grundwerte unserer Gesellschaft?“ Stattdessen sollten wir sofort das Thema wechseln: von der Moral zu unserem Wirtschaftssystem. Politiker, Banker und Manager sind schon immer gierig gewesen. Was hat unser Rechts- und Wirtschaftssystem an sich, dass es ihnen ermöglicht, ihre Gier auszuleben?

> In der Dunkelheit des Kapitalismus sind alle Brüder: der Westen, Putin, Poroschenko, China, Iran.

Seit der Finanzkrise 2008 bombardieren uns Personen des öffentlichen Lebens, vom Papst an abwärts, mit Forderungen, die Kultur der Gier und des Konsums zu bekämpfen. Das ist ein ekelerregendes Spektakel aus billigen Moralpredigten und vor allem ein ideologisches Unterfangen, wie es im Buche steht. Der im kapitalistischen System selbst festgeschriebene Zwang zur Expansion wird in persönliche Schuld übersetzt, als eine private, psychische Krankheit. Oder, wie es ein Theologe aus dem Umfeld des Papstes ausdrückt: „Die aktuelle Krise ist keine Krise des Kapitalismus, sondern eine Krise der Moral.“ Selbst Teile der Linken haben sich auf diesen Pfad begeben.

Es gibt heute keinen Mangel an Antikapitalismus: Vor einigen Jahren explodierten die Proteste der Occupy-Bewegung. Und die Kapitalismuskritik umgibt uns in unermesslichem Überfluss: in zahlreichen Büchern, ausführlich recherchierten Zeitungsartikeln und Fernsehberichten hören wir von Unternehmen, die rücksichtslos die Umwelt zerstören; von skrupellosen Bankern, die sich fette Prämien auszahlen, während ihre Banken mit Steuergeldern gerettet werden mussten; von Ausbeutungsbetrieben, in denen Kinder Überstunden machen.

Das Ganze hat einen Haken: Was nicht infrage gestellt wird, ist der demokratisch-liberale Rahmen, innerhalb dessen diese Exzesse bekämpft werden sollen, mit dem ausdrücklichen oder auch nur angedeuteten Ziel, den Kapitalismus zu demokratisieren, die demokratische Kontrolle über die Wirtschaft auszudehnen. Durch Druck auf die öffentlichen Medien, durch parlamentarische Untersuchungen, strengere Gesetze, ehrliche polizeiliche Ermittlungen oder ähnliche Maßnahmen. Das System an sich wird nicht infrage gestellt, und der Rechtsstaat, der demokratisch-institutionelle Rahmen dieses Systems, bleibt die heilige Kuh, die selbst von den radikalsten Formen dieses „ethischen Antikapitalismus“, wie der Occupy-Bewegung, dem Weltsozialforum oder der Seattle-Bewegung, nicht angerührt wird.

Der Fehler, den es zu vermeiden gilt, ist einer, der sich sehr schön durch eine (möglicherweise apokryphe) Geschichte des linken, keynesianischen Ökonomen John Galbraith erzählen lässt: Vor einer Reise in die UdSSR Ende der Fünfzigerjahre soll er seinem dem Kommunismus feindlich gesinnten Freund Sidney Hook geschrieben haben: „Keine Sorge, ich lasse mich nicht von den Sowjets verführen, um dann nach meiner Rückkehr zu behaupten, es herrsche dort Sozialismus!“ Hook antwortete: „Aber genau das macht mir ja Sorgen – dass du zurückkommst und behauptest, die UdSSR wäre *nicht* sozialistisch!“ Was Hook Probleme bereitete, war die naive Verteidigung der Reinheit des Begriffes: Wenn beim Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft etwas schiefläuft, dann wird dadurch nicht die Idee selbst widerlegt, es bedeutet lediglich, dass sie nicht richtig umgesetzt wurde. Sehen wir bei den heutigen Marktwirtschaftsfundamentalisten nicht die gleiche Naivität?

Als während einer Fernsehdebatte in Frankreich vor einigen Jahren der neoliberale Intellektuelle Guy Sorman behauptete, Demokratie und Kapitalismus gehör-

ILLUSTRATION: JULES WENZEL / DER SPIEGEL

ten notwendigerweise zusammen, konnte ich nicht widerstehen, ihm die offensichtliche Frage zu stellen: „Und was ist mit China?“ Er blaffte zurück: „In China herrscht kein Kapitalismus!“ Wenn ein Land nicht demokratisch ist, so heißt das für einen fanatischen Kapitalismusbefürworter wie Sorman, dass der Kapitalismus dort eben kein richtiger Kapitalismus sei. Genauso wie der Stalinismus aus der Sicht eines demokratischen Kommunisten einfach kein authentischer Kommunismus war. Der zugrunde liegende Fehler bei dieser Art der Betrachtung ist relativ leicht zu erkennen.

So erklären sich die heutigen Marktapologeten die Krise von 2008 mit einer unerhörten ideologischen Umkehrung: Es sei nicht das Versagen der freien Marktwirtschaft, die diese verursacht habe, sondern die übermäßige staatliche Regulierung. Unsere Marktwirtschaft sei eben noch nicht so weit, der Sozialstaat verhindere ihre freie Entfaltung. Die Lehre aus den Panama Papers ist, dass genau das *nicht* der Fall ist: Korruption ist keine zufällige Abweichung des globalen kapitalistischen Systems – sondern Teil seiner grundsätzlichen Funktionsweise.

Die Wirklichkeit, die die Panama Papers beschreiben, ist die der Klassentrennung. So einfach ist das. Sie zeigen auf, wie wohlhabende Menschen in einer Welt leben, in der andere Regeln gelten. Eine Welt, in der das Rechtssystem und die Behörden die Reichen nicht nur schützen, sondern sogar die Rechtsstaatlichkeit systematisch untergraben, um ihnen entgegenzukommen. Erinnern wir uns an den fiesen Witz aus Ernst Lubitschs Film „Sein oder Nichtsein“: Als der verantwortliche Nazioffizier „Konzentrationslager-Erhardt“ nach den deutschen Konzentrationslagern im besetzten Polen gefragt wird, erwidert er ärgerlich: „Wir übernehmen das Konzentrieren und die Polen das Lagern.“ Trifft nicht das Gleiche auf den Enron-Konkurs im Dezember 2001 zu, den man als einen ironischen Kommentar zum Begriff der Risikogesellschaft begreifen kann? Tausende amerikanische Angestellte, die ihren Arbeitsplatz und ihre Ersparnisse verloren, hatten sich blindlings ihrem Schicksal ergeben. Die Manager aber, die Einblick in die Risiken hatten, minimierten ihr eigenes Risiko, indem sie ihre Aktien und Optionen vor dem Konkurs verkauften. Es stimmt also: Wir leben in einer risikofreudigen Gesellschaft. Aber während die Wall-Street-Manager die Entscheidungen treffen, tragen die anderen, die normalen Bürger, die ihre Hypotheken bezahlen, das Risiko.

Es gibt bereits viele Reaktionen von rechts und von Wirtschaftsliberalen auf die Panama Papers, die die Schuld in den Exzessen des Sozialstaates suchen. Werde Vermögen so hoch besteuert, sei es kein Wunder, wenn Menschen ihr Vermögen dorthin transferierten, wo die Steuern niedrig sind, und das sei letztendlich nichts Illegales. So lächerlich diese Ausrede auch sein mag (die Panama Papers belegen Transaktionen, die durchaus rechtswidrig sind), das Argument hat einen wahren Kern.

Es sind zwei Punkte, die man sich vor Augen führen sollte. Erstens verschwimmt die Grenze zwischen legalen und illegalen Transaktionen immer stärker, und oft ist der Unterschied längst Auslegungssache. Zweitens sind die Besitzer von Vermögen, die diese auf Offshore-Konten und in Steueroasen gebracht haben, keine gierigen Monster, sondern einfach Menschen, die wie rationale Wesen handeln und versuchen, ihr Vermögen zu schützen. Im Kapitalismus kann man nicht das schmutzige Badewasser der finanziellen Spekulation ausschütten und gleichzeitig das gesunde Kind der realen Wirtschaft am Leben erhalten. Am Ende läuft es auf eins hinaus: Das globale kapitalistische Rechtssystem an sich wird in seiner fundamentalsten Dimension, der Korruption, legalisiert. Die Frage, wo Verbrechen beginnt (welche Finanzgeschäfte illegal sind), ist damit keine Frage des Rechts, sondern eine eminent politische Frage, eine Frage des Machtkampfs.

Warum haben also Tausende Geschäftsleute und Politiker getan, was durch die Panama Papers belegt wird? Die Antwort ist dieselbe wie bei der alten Frage: Warum lecken sich Hunde an den Eiern (während normale männliche Menschen das nicht tun)? Weil sie es können. ■